



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

22. hét

2018.05.28.

ZUSAMMENFASSUNG

- Im Vergleich zu früheren Regierungsumbildungen fiel die Fluktuation auf der Ebene der Staatssekretäre dieses Mal geringfügiger aus, so dass nahezu die Hälfte der Staatssekretäre ihre Tätigkeit auch in der IV. Orbán-Regierung weiterhin in der Position eines Staatssekretärs fortsetzen wird.
- Außenminister Péter Szijjártó konsultierte sich mit dem für Europa und Eurasien zuständigen US-Außenstaatssekretär Wess Mitchell in Budapest. Bei der Begegnung dürfte neben dem Thema Lage der ungarischen Minderheit in der Ukraine auch das voraussichtlich Ende Mai anstehende Treffen des Leiters der ungarischen Diplomatie mit US-Außenminister Mike Pompeo besprochen worden sein.
- In der vergangenen Woche notierte der Forint deutlich schwächer zum Euro, was jedoch internationalen Trends zuzuschreiben war. Untermauert wird dies durch den Umstand, dass parallel zum Forint auch die nationalen Währungen Polens und Tschechiens unter Druck gerieten.
- Im Oppositionslager herrscht absolutes Chaos: Die MSZP erweckt den Eindruck einer führer- und perspektivlosen Partei, während die Jobbik am Rande einer Spaltung steht.
- Laut Erhebung von Eurobarometer beurteilt eine Mehrheit der Ungarn die EU-Mitgliedschaft des Landes positiv.

REGIERUNGSMELDUNGEN

DIE REGIERUNG SETZT IHRE ARBEIT MIT 62 STAATSEKRETÄREN FORT

Der Personalbestand der IV. Orbán-Regierung an parlamentarischen, Verwaltungs- und Unterstaatssekretären hat sich gegenüber früheren Regierungszyklen gemessen an der Zusammensetzung am Ende der vorangegangenen Legislaturperiode weitaus weniger verändert. Insgesamt 62 Personen im Range von Staatssekretären wurden den Ministerien und dem Regierungsbüro des Ministerpräsidenten zugeordnet.

Ungefähr die Hälfte der Staatssekretäre setzt ihre Arbeit auch nach 2018 bei den verschiedenen Ministerien fort. Die Fluktuation von ca. fünfzig Prozent gilt als niedrig bei der Übergabe der Amtsgeschäfte von Regierungen, selbst in dem Fall, dass im Mai 2018 eine im politischen Sinne weniger, im juristischen Sinne jedoch neue Regierung gebildet wurde.

Ministerium	III. Orbán-Regierung	IV. Orbán-Regierung
Ministerium für Humanressourcen	1. Bence Rétvári 2. Györgyi Lengyel 3. Károly Czibere 4. Péter Hoppál 5. Zoltán Ónodi-Szűcs 6. László Palkovics	7. Miklós Soltész 8. Tünde Szabó 9. Katalin Novák 10. Tamás János Schanda
		1. Bence Rétvári 2. Csaba Latorcai 3. Attila Fülöp 4. Péter Fekete 5. Anikó Nagy
Landwirtschaftsministerium	1. István Nagy 2. Andrea Gulyás 3. Örs Márton Bitay 4. György Czerván 5. Zsolt V. Németh	Agrarministerium 1. Sándor Farkas 2. István Tomasitz 3. Miklós Zsolt Kis
	6. Róbert Zsigó	4. Róbert Zsigó 5. András Rácz 6. Örs Márton Bitay 7. Zsolt Feldman
Innenministerium	1. Károly Kontrát 2. László Felkai 3. Tibor Pogácsás	1. Károly Kontrát 2. László Felkai 3. Tibor Pogácsás
Verteidigungsministerium	1. Tamás Vargha 2. László Firicz	1. Szilárd Németh 2. Pál Kádár 3. István Szabó
Justizministerium	1. Pál Völner 2. Zoltán Molnár 3. Mariann Vízkelety 4. Krisztián Kecsmár 5. Barna Berke	1. Pál Völner 2. Zoltán Molnár 3. Mariann Vízkelety 4. Krisztián Kecsmár
Nationales Entwicklungsministerium	1. János Fónagy 2. Gábor Czepek 3. András Aradszki 4. Róbert Homolya	Ministerium für Innovationen und Technologien 1. Péter Cseresnyés
	5. Ákos Kara 6. Zsolt Szabó 7. László Tasó 8. Zoltán Ajtony Hevesi 9. Flórián Szalóki	3. Péter Kaderják 4. Ákos Kara 5. Tamás János Schanda 6. Balázs Weingartner 7. László György 8. László Mosóczy

		2. Balázs László Gazsó
Ministerium für Außenwirtschaft und Äußere Angelegenheiten	1. Levente Magyar 2. Csaba Sándor Balogh 3. László Szabó	4. István Íjgyártó 5. István Mikola 1. Levente Magyar 2. Tamás Menczer 3. Sándor Csaba Balogh
Kabinetbüro des Ministerpräsidenten	1. Csaba Dömötör 2. János Nagy	3. Bence Tuzson 4. Marcell Bíró 1. Csaba Dömötör 2. János Nagy 3. Árpád Vidoven
Ministerpräsidentenamt	1. Nándor Csepreghy 2. Árpád Vidoven 3. Zoltán Kovács 4. Árpád Potápi 5. Balázs Sonkodi 6. Eszter Vitályos 7. Miklós Zsolt Kis 8. László Tasó	1. Balázs Orbán 2. Márk Janó 3. Attila Aszódi 4. Árpád Potápi 5. Miklós Soltész 6. Szabolcs Takács 7. Bence Tuzson 8. Judit Varga 9. Balázs Fürjes 10. Attila Csaba Becskeházi
Volkswirtschaftsministerium	1. András Tállai 2. Judit Gondos 3. Péter Benő Banai 4. Balázs Rákossy	5. Péter Cseresnyés 6. István Lepsényi 7. Ágnes Hornung Finanzministerium 1. András Tállai 2. Judit Gondos 3. Péter Benő Banai 4. Balázs Rákossy 5. Norbert Izer 6. Ágnes Hornung
Regierungsbüro des Ministerpräsidenten*		1. János Fónagy 2. Marcell Bíró 3. Gábor Czepek 4. Edit Juhász 5. József Kovács

*Wenngleich das Regierungsbüro des Ministerpräsidenten im rechtlichen Sinne kein ministerielles Organ darstellt, steht dieses Organ jedoch unter unmittelbarer Leitung des Ministerpräsidenten, dessen Leiter den Rang von Staatssekretären bekleiden.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

UNGARN IST EBENFALLS AN EINER LÖSUNG DES UKRAINE-KONFLIKTS INTERESSIERT

Außenminister Péter Szijjártó hielt im Anschluss an seine Verhandlungen mit dem amerikanischen Außenstaatssekretär Wess Mitchell fest, die ungarische Seite sei daran interessiert, dass die ukrainischen Rechtsnormen zur Einschränkung der Minderheiten aufgehoben werden. Das jetzige Treffen diene der Vorbereitung der voraussichtlich Ende Mai stattfindenden Verhandlungen auf Außenministerebene.

Péter Szijjártó könnte in den nächsten Tagen mit US-Außenminister Mike Pompeo zusammentreffen, um die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu stärken. In Vorbereitung dieses Treffens kam es zu einer Unterredung mit Wess Mitchell, bei der unter anderem angesprochen wurde, dass die Sicherheit der im Großen und Ganzen 150.000 auf dem Territorium der heutigen Ukraine lebenden ungarischen Menschen – im rechtlichen ebenso wie im politischen Sinne – langfristig gewährleistet werden müsse, wofür es Garantien und unterstützender Partner bedarf. In Verbindung mit dem große Diskussionen auslösenden Sprachengesetz hat sich derweil der

Standpunkt der ungarischen und der ukrainischen Seite auch weiterhin nicht angenähert, was in einzelnen Medien vollkommen abstrus dahingehend ausgelegt wurde, Ungarn vertrete gegenüber der Ukraine russische Interessen. Die ungarischen Proteste gegen die Rechtspraxis, mit der die in der Ukraine lebenden Minderheiten diskriminiert werden, dienen in Wirklichkeit dem Schutz der ungarischen Gemeinschaft in Transkarpatien.

Eine Möglichkeit zur Annäherung der Standpunkte zeichnet sich dadurch ab, dass der ukrainische Präsident Petro Poroschenko im Mai die Vorlage einer Verordnung zurückzog, mit der Bürgern mit doppelter Staatsbürgerschaft, die sich aktiv an Wahlen in einem anderen Land beteiligen, die Staatsbürgerschaft der Ukraine entzogen werden sollte. Diese versöhnliche Geste kommt der grundlegenden Strategie der ungarischen Regierung entgegen, die kein Interesse daran hat, dass der Konflikt in Zukunft eskaliert.

DIE UNGARISCH-ÖSTERREICHISCHEN BILATERALEN BEZIEHUNGEN ENTWICKELN SICH VORTEILHAFT

Die wichtigste Zielstellung des Treffens zwischen Viktor Orbán und Wolfgang Sobotka in der vergangenen Woche lautete, das Potenzial zur Geltendmachung der Interessen beider Länder zu stärken, indem diese ihre Standpunkte in Fragen von grundlegender Bedeutung miteinander abstimmen. In der Frage der europäischen Integration des Westbalkans vertritt Mitteleuropa einen geschlossenen Standpunkt.

Am 21. Juni halten die V4-Staaten und Österreich gemeinsame Beratungen in Budapest ab. Den Kontext des Treffens von Viktor Orbán mit dem Präsidenten des Österreichischen Nationalrates muss man im Lichte früherer Ereignisse bewerten. Der ungarische Ministerpräsident war früher bereits mit Bundeskanzler Sebastian Kurz zusammengetroffen, und in der Frage der Integration des Westbalkans vertraten sie auf dem jüngsten EU-Gipfel in Sofia den gleichen Standpunkt. Kurz hatte sich noch als Außenminister Österreichs wiederholt zu Wort gemeldet, um eine Minderung des Migrationsdrucks aus Richtung Westbalkan zu erreichen. Auch beim Besuch von Wolfgang Sobotka waren dies die Hauptthemen. Die Relevanz des bilateralen Treffens wird nicht ausschließlich durch die im Juni anstehenden Beratungen fundiert, sondern ebenso durch die nächste Tagung des Europäischen Rates, auf der die Fragenkomplexe der verbindlichen Ansiedlungsquote und Verteilungsmechanismen auf die Tagesordnung gelangen werden.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

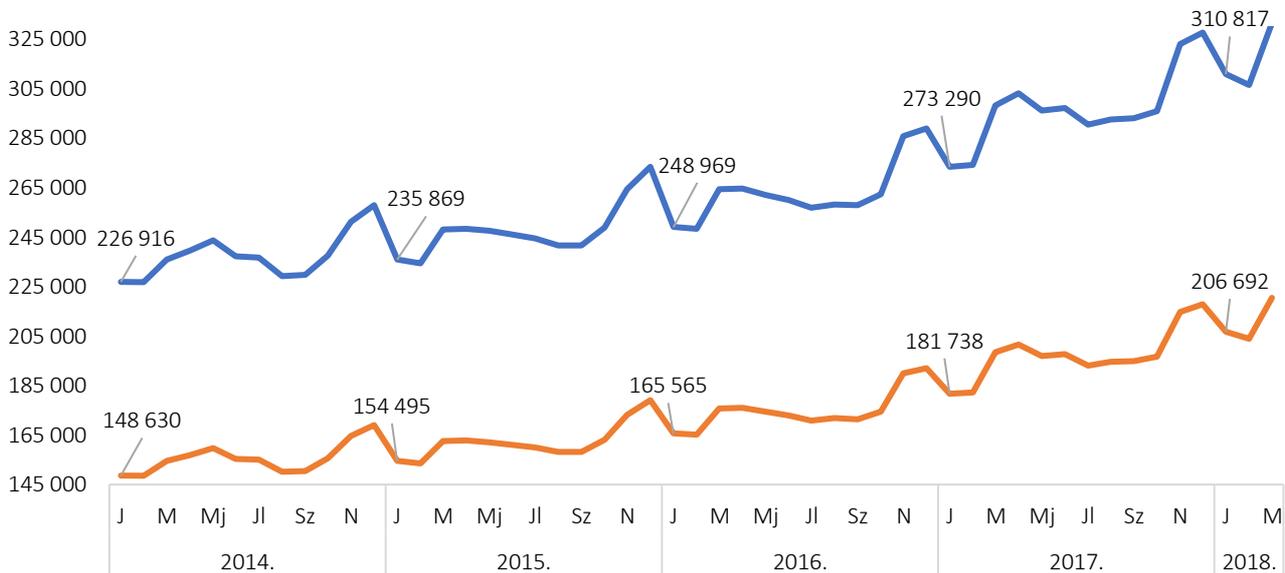
DIE UNGARISCHE LOHNANPASSUNG KOMMT IM HOHEN TEMPO VORAN

Das Parlament wird den Haushaltsentwurf für 2019 voraussichtlich bereits Ende Juli verabschieden. Wie das Finanzministerium informierte, sind die Durchschnittslöhne in den vergangenen Jahren beträchtlich gestiegen.

Laut Mitteilung des Finanzministeriums sind die Reallöhne im ersten Quartal 2018 gegenüber dem identischen Vorjahreszeitraum um 10,2 Prozent, die Brutto- sowie die Nettodurchschnittslöhne jeweils um 12,4 Prozent gestiegen. Anfang 2014 erreichten die Bruttodurchschnittslöhne exakt 226.916 Forint, die Nettodurchschnittslöhne 148.630 Forint; vier Jahre später waren es 310.817 Forint beziehungsweise 206.692 Forint. Dieses Wachstum bedeutete im jährlichen Durchschnitt

Anstiege um 14.500 Forint bei den Nettodurchschnittslöhnen sowie von 21.000 Forint bei den Bruttodurchschnittslöhnen. Aktuell erreichen die Bruttodurchschnittslöhne 331.500 Forint und die Nettodurchschnittslöhne 220.500 Forint. Die Garantie für anhaltende Lohnerhöhungen sieht die Regierung im Wirtschaftswachstum und in der mit den Sozialpartnern abgeschlossenen sechsjährigen Tarifvereinbarung. Diese Übereinkunft ist auf sinkende Abgaben sowie die Anhebung des Mindestlohns und des garantierten Lohnminimums für Fachkräfte gerichtet. Ab 2019 werden die Sozialabgaben um zwei Prozentpunkte sinken und die familiären Steuervergünstigungen für Familien mit zwei Kindern vervollkommen.

Brutto- und Nettodurchschnittslöhne 2014-2018



DER FORINT GAB AUS EXTERNEN GRÜNDEN NACH

In der vergangenen Woche näherte sich der Forint einem Tief von 320 zum Euro an, hinter welcher Entwicklung weltwirtschaftliche Faktoren stehen. Unterdessen sackte der Kurs der türkischen Lira weiter ab.

In den jüngsten Tagen fiel der Forintkurs zum Euro wiederholt bis auf 319, ohne jedoch die Widerstandsmarke von 320 auch nur einmal zu durchbrechen. In den vergangenen Monaten traten keine grundlegenden Veränderungen in der ungarischen Wirtschaft und Politik ein, welche den Forint entscheidend hätten beeinflussen können oder Anlass zur Verunsicherung gegeben hätten. Stattdessen zeigte sich, dass die internationalen Anleger in der jetzigen Lage ihr Geld lieber in Dollar oder Euro sehen. Ähnlich wie der Forint gaben entsprechend auch die tschechische Krone und der polnische Zloty gegenüber dem Euro nach. Das ist deshalb wichtig, weil es sinnvoller ist, die Veränderungen im Wechselkurs der einheimischen Währung mit den Währungen der Länder in der Region zu vergleichen, weil dieser Vergleich ein realistischeres Bild über die Lage des Forint zeigt. Die drei besagten Landeswährungen verhielten sich gegeneinander weitgehend neutral, was untermauert, dass internationale Trends hinter der aktuellen Forintschwäche stehen. Unterdessen setzte die türkische Lira ihren Sturzflug fort; einzelnen internationalen Anlageexperten zufolge

müsste die türkische Notenbank den Leitzins bereits auf 20 Prozent anheben, wenn eine Rezession noch vermieden werden soll.

PARTEIPOLITIK

KOMPLETTES CHAOS IM LINKEN LAGER

Im kommenden Monat entscheiden sich das Schicksal der sozialistischen Partei, der MSZP, und die Ausrichtung ihrer Politik. Derweil geriet die Parlamentsfraktion der Párbeszéd in Gefahr, nachdem die von den Liberalen entsandte Anett Bósz ihren Austritt aus dieser erklärte. Ihren Platz in der Fraktion dürfte nun aber der ursprünglich unabhängige Abgeordnete Tamás Mellár einnehmen. Die Bemühungen der Linken werden aber noch durch eine Reihe weiterer Faktoren erschwert.

Die Verhältnisse im linken Parteienlager veranschaulicht sehr eindrucksvoll, dass die Abgeordnete der Mikropartei der Liberalen, Anett Bósz, die Fraktion der Párbeszéd verließ, auf ihr Mandat aber auch auf Bitte des Fraktionsbündnisses MSZP-Párbeszéd nicht verzichten will, weil sie ihre Arbeit nunmehr als unabhängige Abgeordnete fortsetzen möchte. Infolge dieser Entscheidung erklärte der ins Parlament als unabhängiger Abgeordneter gewählte Tamás Mellár, er wolle sich der Párbeszéd-Fraktion anschließen, um den Platz von Anett Bósz zu besetzen – unbeeindruckt von der Tatsache, dass er noch einen Tag nach seiner Wahl erklärt hatte, es wäre Verrat an seinen Wählern, würde er irgendeiner Fraktion beitreten. Mit dem Beitritt Mellárs geht der Fraktionsstatus in Ermangelung einer ausreichenden Anzahl an Abgeordneten zwar nicht verloren, doch bleibt die abhängige Situation der Párbeszéd von der MSZP bestehen, nachdem ihre Minifraktion auch weiterhin jederzeit ein Ende finden kann, wenn der in diese Abgeordnetengruppe hinübergewechselte sozialistische Politiker Sándor Burányi austreten sollte. Die aktuelle Entwicklung lässt sich womöglich durch eine von Seiten der Parteiführungen von MSZP, Párbeszéd und Liberalen im Vorfeld der Wahlen unterzeichnete Vereinbarung erklären, wonach die Liberalen im Zeitraum 2018 bis 2022 von Seiten der sozialistischen Partei mit Zuwendungen in Höhe von 60 Millionen Forint rechnen durften. Der Austritt von Anett Bósz aus der Fraktion kann daher als Antwort darauf interpretiert werden, dass die im Vertrag niedergelegten Bestimmungen nicht eingehalten und die Interessen der Liberalen negiert werden. Diese chaotische Lage wurde noch durch die Mitteilung von MSZP-Fraktionschef Bertalan Tóth gesteigert, Gyula Molnár hätte die Vereinbarung ohne Wissen des Vorstandsgremiums unterzeichnet, weshalb gegen den inzwischen zurückgetretenen Parteivorsitzenden ein Disziplinarverfahren eingeleitet wurde.

LÁSZLÓ TOROCZKAI MÖCHTE EINE PLATTFORM BILDEN

László Toroczkai, der gerade erst knapp bei der Wahl des neuen Parteivorsitzenden gegen Tamás Sneider unterlag, möchte unter dem Namen „Wir selbst“ eine Plattform innerhalb der Jobbik gründen. Diese Plattform kann der Spaltung innerhalb der Partei ständigen Charakter verleihen beziehungsweise dazu führen, dass die durch Toroczkai repräsentierte radikale Richtung wieder in den Vordergrund rückt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass der Prozess einer Spaltung der Jobbik mit diesem Schritt in der Praxis seinen Lauf nimmt.

Bekanntlich möchte der neue Parteivorsitzende Tamás Sneider die auf den Charakter einer Volkspartei ausgelegte Jobbik-Politik der jüngsten Jahre fortsetzen, worin er die Unterstützung der

Parteilite besitzt, die sich hinter dem früheren Vorsitzenden Gábor Vona positioniert hat. Somit dürfte eine vordergründige Zielstellung Toroczkais darin bestehen, Unterstützer für seine Ausrichtung zu sammeln. Deshalb ist es außerordentlich relevant, dass er mit Hilfe der angekündigten Plattform möglichst viele Parteimitglieder, Parteigrundorganisationen und sonstige Ressourcen hinter sich zu stellen vermag. Ein eventuelles Ausscheiden oder Ausschlussverfahren müsste in dem für Toroczkai idealen Augenblick passieren, damit die neu entstehende radikale Partei ein relevantes Wählerlager hinter sich weiß, um wenigstens die zum Überspringen der Parlamentshürde benötigten 5 Prozent zusammenzubekommen. Toroczkai ist bestrebt, sich innerhalb der Jobbik als Sprecher der durch Gábor Vona „verratenen“ Politik und der einfachen Parteimitglieder zu positionieren. Was einen eventuellen Bruch anbelangt, wäre es für Toroczkai und seine Anhänger taktisch vorteilhafter, wenn sie der Partei nicht den Rücken kehrten, sondern durch den jetzigen Parteivorstand ausgeschlossen werden, weil sie sich somit als Opfer darstellen könnten. Für die gegenwärtige Parteiführung sind ein sich hinziehender Konflikt und eine womöglich zustande kommende neue Plattform, damit aber ein Raumgewinn der innerparteilichen Opposition inakzeptabel. Aus diesem Grund wird sie sehr wahrscheinlich alles unternehmen, damit die Plattform „Wir selbst“ nicht gegründet werden kann.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

DIE MIGRATION KÖNNTE LAUT ERHEBUNG VON EUROBAROMETER DAS ZENTRALE THEMA IM EUROPAAWAHLKAMPF WERDEN

Die aktuellsten Erhebungen des Eurobarometers zeigen, dass mehr als 60 Prozent der Ungarn die EU-Mitgliedschaft des Landes als gute Sache ansehen. Beachtenswert ist jene Zahl, wonach 51 Prozent der Befragten die Teilnahme an den in einem Jahr stattfindenden Wahlen zum Europaparlament als wichtig betrachten.

Ministerpräsident Viktor Orbán stellte – bereits zum wiederholten Male – auch bei seiner Antrittsrede als Regierungschef wieder klar, dass es im Interesse der ungarischen Regierung und Ungarns sei, die Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu bewahren. Aktuelle Forschungsergebnisse von Eurobarometer zeigen, dass die Meinung der Regierung zur Europäischen Union die Meinung einer Mehrheit der ungarischen Bürger widerspiegelt. Die Umfragedaten zeigen weiterhin, dass europaweit das Thema Einwanderung den Wahlkampf zum Europaparlament bestimmen kann, nachdem 49 Prozent der Bewohner der Mitgliedstaaten den Terrorismus und 45 Prozent die Einwanderungsfrage als wichtigsten Belang der nächsten Zeit definierten.

In Verbindung mit der Effizienz der Institutionen der Europäischen Union zeigen sich die Menschen hauptsächlich in den Fragen Migration und Terrorismus kritisch. Der Antiterrorkampf ist nur in den Augen von 32 Prozent der Befragten, der Umgang mit der Migration für 26 Prozent angemessen. Eine weitaus positivere Zahl stellt dar, dass 78 Prozent der befragten Ungarn der Meinung sind, die EU-Mitgliedschaft sei von Vorteil für Ungarn, während zugleich 58 Prozent zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in der Europäischen Union sind.